Konfiszierungen abwenden

Categories : Neue Schwerpunkte

Von geklauter CD hin zu internationalem automatischen Informationsaustausch

Selbst die britische Regierung setzt ihre Überseegebiete unter Druck: Die Isle of Man, Jersey, Guernsey, die Kaiman-Inseln und Gibraltar sollen Auskünfte erteilen über das bei ihnen geparkte Geld britischer Staatsbürger.

Und so trocknet eine Steueroase nach der anderen aus. Steuerflucht könnte für Deutsche zu einem aussterbenden Phänomen werden – nicht aus Einsicht, sondern weil die Möglichkeiten fehlen. Allenfalls in Übersee, etwa in Panama oder Singapur, oder auch im Nahen Osten tun sich noch Schlupflöcher auf.

Studien haben gezeigt, dass ein als gerecht empfundenes Steuersystem die Steuerehrlichkeit fördert. Haben die Menschen den Eindruck, nicht fair behandelt zu werden, versuchen sie, diese Fairness selbst wieder herzustellen. Und man darf nicht den Eindruck haben, daß alle anderen schummeln, nur man selbst nicht. Denn der ehrliche Dumme – der will nun wirklich niemand sein.

Warum Offshore heute - trotz allem?

Droht einem Staat die Zahlungsunfähigkeit, dann soll er nach Aussage der Bundesbank nicht auf das Geld europäischer Steuerzahler oder die Zentralbank schielen, sondern zunächst das Vermögen seiner eigenen Bürger einmalig besteuern.

Das steht im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Januar 2014.

EZB-Präsident Mario Draghi sagte in seiner legendären Rede in London am 26. Juli 2012, die EZB werde alles Notwendige und von ihrem Mandat gedeckte tun, um den Euro zu erhalten. Wenig später folgte die Zusage, notfalls unbegrenzt Anleihen von Staaten zu kaufen, die nach Meinung der EZB zu hohe Zinsen zahlen müssen.

Draghis Staatsanleihekaufversprechen wirkt bislang. Auch Euro-Bonds hätten diese Wirkung gehabt.

Und nun erörtert die Bundesbank das Für und Wider einer Vermögensabgabe, ein anderer Begriff für „Konfiszierung“. Zunächst einmal gemeint sind damit die Vermögenden in Griechenland, Italien oder Spanien (und hinter vorgehaltener Hand auch Frankreich), die man zur Ader lassen möchte. Denn die Mitgliedsländer der Eurozone sind vertragsgemäß für ihre Finanzen selbst zuständig. Die Staaten sollen vom Prinzip her nicht füreinander einstehen müssen. Etwas anderes gelte "nur im Ausnahmefall und sollte als letzte Verteidigungslinie zum Einsatz kommen, wenn andernfalls die Finanzstabilität in der Europäischen Währungsunion massiv gefährdet wäre“.

Bingo:

1. Ist eine drohende Staatspleite Italiens oder Spaniens ohne eine Gefährdung der Finanzstabilität denkbar?
2. Bekam zuletzt nicht sogar das kleine Zypern einen Kredit seiner Partner, weil die Europäer Ansteckungseffekte befürchteten?
3. Ganz zu schweigen von Rettungsmaßnahmen, wie der Senkung der Anforderungen, die die EZB an Papiere stellt, die Banken zur Schaffung von Krediten Einreichen können. Die so erleichterte Kreditschöpfung haben die Banken Südeuropas in den vergangenen Jahren intensiv genutzt, die Schuldpapiere ihrer Regierungen zu kaufen. Die Bundesbank war dagegen, aber konnte nichts dagegen machen. Beim nächsten Mal wird das nicht anders sein.

Fazit:

Das Thema der Vermögensabgabe trifft auch die deutschen Staatsbürger über diese Hintertüren, wenn Deutschland tatsächlich zur Kasse gebeten wird im Falle der Pleite dieser Staaten.

Für eine Vermögensabgabe spricht laut Bundesbank,

- daß "in der Ausnahmesituation einer drohenden staatlichen Insolvenz" eine einmalige Vermögensabgabe "günstiger abschneiden" würde als die dann noch "relevanten Optionen“.

- Zudem sieht sie in der Vermögensabgabe eine Möglichkeit zu einer womöglich gewünschten "verteilungspolitischen Ergänzung zu den übrigen Sparanstrengungen", die die Vermögenden verstärkt an der Anpassungslast beteiligt.

- Außerdem urteilt die Bundesbank: "Die Anreize zu einer künftig soliden Finanzpolitik könnten erheblich gestärkt werden, wenn deutlich wird, dass sich im Krisenfall die

Belastungen einer unsoliden Entwicklung nicht auf Steuerzahler anderer Länder verschieben lassen.“

Und aufgepaßt:

Eine Abgabe müßte laut Bundesbank zügig beschlossen werden, da ansonsten Steuerflucht droht.

Problematisch wäre laut Bundesbank zudem die Bewertung nicht-finanziellen Vermögens, auf das eine Abgabe wohl zeitlich gestreckt zu zahlen wäre. Nun, das kennen wir ja schon in Deutschland. Mit der Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur Belastung von inländischen Immobilien im Rahmen des sog. „Lastenausgleichs“.

Es sollten bei jedem die Alarmglocken klingeln, wenn nun schon die Bundesbank das Thema der Vermögensabgabe behandelt.

Gefahren drohen nicht nur wegen der Probleme in Europa.

- Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist derart aus dem Ruder gelaufen, daß allein die daraus sich ergebende Verschuldung niemals zurückgezahlt werden kann. **Jedes Ponzi System bricht irgendwann zusammen**.

- Darüberhinaus stehen wir vor einer **Änderung des Weltfinanzsystems**. Der Dollar verliert seine Position als Weltleitwährung, die USA sind keine Supermacht mehr. Immer mehr wird der Welthandel über bilaterale Verträge abgewickelt, die den Dollar als Zahlungsmittel umgehen. Vorreiter ist hier China. Und Europa spielt sogar mit, den Dollar ins Abseits zu bugsieren. Wie die Europäische Zentralbank (EZB) am 10. Oktober 2013 mitteilte, hat sie mit der chinesischen Zentralbank ein vorerst auf drei Jahre begrenztes Abkommen über einen Währungstausch („Swap“) geschlossen, in dessen Rahmen die EZB der chinesischen Zentralbank maximal 45 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, während umgekehrt die EZB Zugriff auf bis zu 350 Milliarden Yuan erhält. Damit können europäische Geschäftsbanken auch kurzfristig über die EZB Kredite in chinesischer Währung aufnehmen.

Es wird zu einem neuen Weltfinanzsystem kommen schon in den kommenden Jahren, auf jeden Fall vor 2020.

Jeder denkende Mensch mit einer gewissen Lebenserfahrung weiß, daß derartige historische Umbrüche von verschuldeten Staaten stets genutzt werden, sich zu entschulden. Die Rechnung zahlt unter dem Strich immer der Vermögende, der sein Vermögen im Inland griffbereit für den Fiskus liegen hat. Der Fiskus sollte nie wissen, daß und wo man im Ausland Vermögen hält, weil der Staat sonst Zwangsmaßnahmen im Inland gegen seinen "Untertanen" anwendet. Insoweit unterscheidet sich der Staat kaum noch von einem Geiselnehmer.

- **Es hat also alles nichts mit Steuerhinterziehung zu tun.**
- **Es geht schlicht um Selbstschutz.**

Kann man Vermögen überhaupt im Ausland halten, ohne es melden zu müssen?

Die Frage ist mit einem klaren JA zu beantworten.

Wenn man Geld im Ausland hat, es im Ausland läßt und so anlegt, daß keine steuerpflichtigen Gewinne erzielt werden, ist das rechtlich kein Problem: Insoweit ertragloses Vermögen muß dem Finanzamt bei der Einkommensteuer nicht einmal gemeldet werden.

Und wenn man das Geld erst noch ins Ausland bringen muß, weil es dort noch nicht ist?

1.

Wenn man Geld ins Ausland transferiert von einer Bank aus, dann hinterläß das **elektronische Spuren**. Diese Spuren sind aber unschädlich, wenn sogleich ersichtlich ist, daß man das Geld zu einem Anlagezweck überweist, der keine Steuer- und Meldepflichtigkeit auslöst. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn man physisches Edelmetall erwirbt zur Lagerung im Ausland und dieses danach ein Jahr nicht anfaßt, also wenn man keine Spekulation betreibt.

Wie man das richtig macht, das wissen wir. Hier lauern Fallen, aber die kennen wir alle.

2.

Man kann auch Geld ins Ausland schaffen, ohne relevante Spuren zu hinterlassen. Man kann sein Geld in **Bitcoin** wechseln, in Echtzeit innerhalb des Bitcoin-Systems anweisen und sofort wieder in eine andere Währung zurücktauschen. Das muß gut abgestimmt sein und mit einem Partner geschehen, der mit Bitcoin umzugehen versteht.

Bei uns ist das zwischenzeitlich Alltagsgeschäft.

3.

Wichtig ist, das Vermögen außerhalb des Bankensystems zu halten. Innerhalb des Bankensystems sind Vermögenswerte über EUR 100.000 ohnehin hochgradig gefährdet. Gesund sind die Banken mit ihrem legalisierten Schneeballsystem und der geringen Kapitalausstattung eh nicht.

Auch jenseits von Edelmetall gibt es ausgezeichnete Möglichkeiten, sein Vermögen sicher durch die aktuelle Krisenzeit hindurch zu wahren.

Da haben wir mit unserem Sitz in Panamá herausragende Möglichkeiten, ohne daß ein einziger Cent zur Anlage zu einer panamaischen Bank kommt. Hier zwingt uns nämlich keiner, irgendwem unsere Strategien zugunsten unserer Mandanten offenbaren zu müssen.

Macht offshore noch Sinn?

Was für eine blöde Frage!

Kontakt aufnehmen mit der Internetkanzlei in Panama